Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dr. Martin Theisohn
Sprecher
Grevenstraße 91
51107 Köln (Ostheim)
Tel. 0221 / 89 12 47
Fax 0221 / 8902696
martintheisohn@arcor.de

SVK Seniorenvertretung der Stadt Köln

Amt für Soziales und Senioren

Zimmer 1.G.12

Ottmar-Pohl-Platz 1
51103 Köln-Kalk
Tel.: 0221 221 27515
seniorenvertretung@stadt-koeln.de

Herrn
Dr. Harald Rau
Dezernat 5

Willy Brandt-Platz 2
50679 Köln

Köln, den 8.11.2019

Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft für Seniorenpolitik am 29.11.19
Hier: Anträge der Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mülheim Nr. 6-8

Sehr geehrter Herr Dr. Rau!

Die SVK-Stadtkonferenz hat sich am 6.11.2019 mit den folgenden 3 Anträgen der Bezirksarbeitsgemeinschaft für Seniorenpolitik Mülheim befasst und dazu einstimmig die folgenden Beschlüsse gefasst:

a) Mobile Zahnbehandlungseinheit
Text Mülheim:
Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, den Gesundheitsausschuss zu bitten, die Verwaltung (Gesundheitsamt) zu beauftragen, im Rahmen eines Modellversuches eine erste "mobile Zahnbehandlungseinheit" anzuschaffen und an Pflegeheime zu verleihen. Kostenpunkt laut Referentin ca. 10.700 Euro: im Internet finden sich Geräte unter 2.000 Euro.

Neuer Textvorschlag:
Die SVK-Stadtkonferenz bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik folgendes zu beschließen:
Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik lehnt diesen Beschluss ab, da er nicht umsetzbar ist.

b) Maßnahmenkatalog zur Zahnmedizinischen Versorgung im Alter
Text Mülheim:
Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mülheim bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik, den Gesundheitsausschuss der Stadt Köln zu bitten, die Verwaltung (Gesundheitsamt) damit zu beauftragen, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen und umzusetzen mit dem Ziel, die Kölner zahnmedizinische und mundhygienische Versorgung im Alter zu verbessern. Als Teile des Maßnahmenkatalogs kommen u.a. folgende Maßnahmen in Betracht:
1. Die Kölner Hausärzte, die meist einen besonders engen Kontakt zu den hier lebenden Senioren haben, werden in einer speziellen und auf Nachhaltigkeit angelegten Aktion motiviert, auch auf Zahn- und Mundgesundheit von Senioren zu achten und diese gegebenenfalls zu

Zahnarztbesuchen zu motivieren. Die wenigsten Hausärzte und Internisten blicken unaufgefordert und ohne speziellen Anlass ihren Patienten in den Mund!
2. Im Rahmen dieser Aktion wird zugleich auf die Kölner Zahnarztpraxen dahingehend eingewirkt, noch barrierefreier zu werden, sich für Hausbesuche zu öffnen, und sich kontinuierlich in der Alterszahnheilkunde weiterzubilden.
3. In künftige Berichte der Stadt Köln zum Thema „Gesund altern in Köln" werden im Kapitel Mundgesundheit auch erste Daten zur Kölner Situation aufgenommen (und nicht wie bislang nur Verhaltensempfehlungen).
4. Die Stadt Köln beteiligt sich an der Entwicklung und Propagierung innovativer Ausbildungsmodelle: So gibt es zum Beispiel in Sachsen-Anhalt einen Modellversuch („AzuBiss"), bei dem in Ausbildung befindliche zahnärztliche Fachangestellte frühzeitig in Pflegeheimen Erfahrungen sammeln. Umgekehrt erhalten in Ausbildung befindliche Altenpfleger Schulungen in Mundhygiene.
5. Die Stadt Köln erstellt möglichst kurzfristig ein Informationsblatt (Flyer), das über die Kölner zahnmedizinische Versorgung im Alter informiert (siehe dazu einen eigenen Antrag) und das über die kassenzahnärztliche Vereinigung, Heime usw. verbreitet wird.

Neuer Text:
Die SVK-Stadtkonferenz bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft folgendes zu beschließen:

Resolution zur ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung in Pflegeeinrichtungen

Die Stadtarbeitsgemeinschaft für Seniorenpolitik stellt fest, dass die medizinische und Zahnmedizinische Versorgung in Pflegeeinrichtung angespannt und verbesserungswürdig ist.

Es fällt zunehmend schwerer, dass die Bewohner ihren Hausarzt behalten können, da sie häufig nicht im gleichen Stadtteil eine Pflegeplatz finden und der Hausarzt dann keine Hausbesuche (=Heimbesuche) machen kann. Einen neuen Hausarzt vor Ort zu finden ist häufig sehr schwierig. Viele Hausärzte haben keine weiteren Kapazitäten oder wollen keine Hausbesuche machen. Der Transport der Bewohner zum Hausarzt (oder Facharzt) ist sehr aufwendig und häufig nicht umsetzbar.
Es ist deshalb zu begrüßen, wenn die Pflegeeinrichtungen Kooperationsverträge sowohl mit Hausärzten als auch mit Fachärzten schließen, die dann die Pflegeheime regelmäßig oder auf Anforderung besuchen.
Wir bitten die Kassenärztliche Vereinigungen und die Ärztekammer den Abschluss dieser Kooperationsverträge zu unterstützen und auch finanziell abzusichern.

Die Zahnärztliche Versorgung im Alter gestaltet sich insgesamt schwierig, da das Fach Alterszahnmedizin erst kürzlich zugelassen wurde und noch nicht viele Zahnärzte diese Qualifikation erworben haben.
Wir bitten deshalb die Zahnärztekammer verstärkt für die Erlangung dieser Qualifikation zu werben und die Kassenzahnärztliche Vereinigung dies auch attraktiv zu gestalten was den Erwerb des Equipment und was die aufsuchende Behandlung sowohl bei Bettlägerigen als auch in Pflegeeinrichtungen angeht. Pflegeeinrichtungen sollten auch hierfür Kooperationsverträge abschließen.

Insgesamt bitten wir darauf zu achten, dass die hausärztliche, fachärztliche und zahnärztliche Versorgung in allen Stadtteilen ausreichend ist und besondere Anreize gesetzt werden auch die „Randgebiete" als Niederlassungsorte zu wählen. Dies gilt besonders beim Neubau von Stadtteilen.

Diese Resolution soll auch den Ausschüssen für Sozialen und Senioren, dem Gesundheitsausschuss sowie der Kommunalen Gesundheitskonferenz zu übermittelt werden.

c) Flyer zur Zahnmedizinischen Versorgung im Alter
Text Mülheim:
Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Mülheim bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft

Anlage 5 Änderungsanträge TOP 2.1 bis 2.3 StadtAG Seniorenpolitik 29.11.2019
Seniorenpolitik, den Gesundheitsausschuss zu bitten, die Verwaltung (Gesundheitsamt) zu beauftragen, so bald wie möglich eine allgemein zugängliche Informationsquelle zu entwickeln zum Thema „Kölner zahnmedizinische Versorgung im Alter“.

Neuer Text:
Die SVK-Stadtkonferenz bitte die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik folgendes zu beschließen:
Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik bittet den Gesundheitsausschuss die Verwaltung zu beauftragen zusammen mit der Zahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung eine allgemein zugängliche Informationsquelle zu schaffen, in der dargelegt wird, wie die „Kölner zahnmedizinische Versorgung im Alter“ geregelt ist. Besonderer Wert sollte gelegt werden auf die Qualifikation „Alterszahnmedizin“ und auf die Möglichkeit der ambulanten Behandlung in Pflegeeinrichtungen.

Besten Dank für Ihre Unterstützung!
Ihr

Martin Theisohn